

„Alle sollen sich erheben“

SPIEGEL-Report über den Unruheherd Mittelamerika

Seit dem Sturz des von den USA ausgehaltenen Diktators von Nicaragua, Anastasio Somoza, sind die Bananenrepubliken von einst in Aufruhr geraten. Mittelameri-

ka, jahrzehntlang eine Art „Wilder Westen“ der USA, scheint nach den Krisen um Iran und Afghanistan zur Herausforderung der westlichen Supermacht zu werden.

Robert White, seit zwei Monaten Botschafter der Vereinigten Staaten in der vom Bürgerkrieg zerrissenen mittelamerikanischen Republik El Salvador, las der einheimischen Oberschicht die Leviten. Jetzt noch über ohnehin längst fällige Reformen zu streiten, so schimpfte er, das sei geradeso, „als ob man auf der ‚Titanic‘ in der Nacht ihres Untergangs noch um die Aufstellung der Deckstühle feilscht“.

White muß es wissen. Neben der Regierungsjunta gilt er als der wichtigste Mann im Staate El Salvador. Viele meinen sogar, er sei der wichtigste überhaupt, wie das für Washingtons Männer auf Außenposten südlich des Rio Grande seit Generationen selbstverständlich war.

Neuerdings aber spürt Washington Untergangsstimmung auf der Landbrücke zwischen Mexiko und Kolumbien, die Nord- und Südamerika miteinander verbindet:

In Nicaragua stürzte vergangenen Sommer eine Koalition aus linken Guerrilleros und Bürgerlichen die älteste von den USA ausgehaltene Diktatur, das Regime des Anastasio Somoza.

Weniger als ein Jahr später nähert sich auch das benachbarte El Salvador dem politischen Umsturz. 2449 Menschen, so rechnete die salvadorianische Menschenrechtskommission im April vor, sind dort im vergangenen halben Jahr Opfer von Gewalt geworden, 2229 davon starben durch Terror von Polizei, Militär und rechten Killertrupps.

Nachdem kurz vor Ostern der Erzbischof Romero während der Messe erschossen wurde und seine Beisetzung in einem Blutbad endete, haben alle Oppositionskräfte des Landes der Regierung förmlich „den Krieg erklärt“.

Der Funke des Aufstands droht überzuspringen auf Guatemala, die bevölkerungsstärkste der sechs zentralamerikanischen Republiken, die einzige, die noch vorwiegend von Indios bewohnt ist. Dort besetzten im Januar Indianer die spanische Botschaft und kamen sämtlich um, als die Regierung in „sinnloser Brutalität“ (so der spanische Botschafter) das Gebäude stürmte.

Daraufhin haben die 23 Indianerstämme des Landes einen gemeinsamen Aufruf veröffentlicht, der mit einer Kampfparole aus dem Popol Vuh, der Sagensammlung der Mayakultur, endet: „Alle sollen sich erheben.“

Selbst in Honduras, dem verschlafenen Staat auf der Landenge, rührt



Siegreiche Sandinisten in Nicaragua: „Zutiefst beunruhigt durch die Aussicht ...



... auf eine weitere Revolution“: Massaker in El Salvador

Lernen Sie die Geschäfts- Sprache im Lande Shakespeare's



Die Berlitz-Sprachschulen tragen seit über einem Jahrhundert weltweit dazu bei, Englisch zur internationalen Geschäftssprache Nr. 1 zu machen. Schon in wenigen Wochen kann Berlitz Ihnen helfen, sich als internationaler Geschäftsmann auch international zu verständigen.

Denn Berlitz bietet allen europäischen Führungskräften, Geschäftsleuten und Studenten an, sich bei angesehenen britischen Sprachschulen einzuschreiben: Birmingham, Edinburgh, Leeds, London oder Manchester.

In diesen 5 Städten (und weiteren 200 auf der ganzen Welt) hat Berlitz Studienzentren eingerichtet und speziell für die Durchführung von Sprachprogrammen im internationalen Rahmen ausgestattet.

Unsere Lehrer setzen konsequent das von Berlitz exklusiv entwickelte Multi-Media-Lernsystem ein. Und die Leute auf der Straße, im Restaurant oder Hotel bilden Ihr denkbar lebendigstes „Klassenzimmer“. So eignen Sie sich in kürzester Zeit einen vielseitigen, praxisbezogenen Wortschatz an.

Durch diese völlige Konzentration auf das Erlernen der englischen Sprache im britischen Umfeld erreichen Sie tatsächlich mehr, als sich nur Englisch verständigen zu können: Sie leben und denken Englisch.

Sie können also reisen und lernen zugleich: Berlitz kümmert sich um alles weitere, sobald Ihr Flugzeug gelandet ist.

Gegen diesen Coupon erhalten Sie ausführlichere Informationen von:

THE BERLITZ SCHOOL OF LANGUAGES
(Weltweite Zentrale)
Research Park - Bldg. 0 - 1101 State Road -
Princeton - New Jersey - 08540 - USA - Telefon:
(001609) 9248500 - Telex: (0023) 0843467

Name und Vorname: _____

Adresse: _____

Beruf: _____ Tel.: _____

Bitte geben Sie an, wieviele Wochen Sie Zeit haben:
1 2 3 4 5 6

Die Stadt Ihrer Wahl: _____

Das Datum, an dem Sie beginnen können:

- Für Deutschland:
Frankfurt - Telefon: (0611) 281179 - Telex: 411017
Düsseldorf - Telefon: (0211) 376066
München - Telefon: (089) 268037
- Für Österreich: Wien - Telefon: (0222) 520756
- Für die Schweiz: Basel - Telefon: (4161) 233346

BERLITZ®
Seit 1878



Kaffee-Ernte in Costa Rica: Insel des Friedens

sich nach jahrzehntelanger Stille erstmals eine Guerillaorganisation, die schwarz-rote Tücher trägt wie die Sandinisten in Nicaragua.

Nur Costa Rica, Mittelamerikas einzige parlamentarische Demokratie, und der Kanalstaat Panama scheinen heute noch einigermaßen stabil. Doch in Costa Rica, einer Insel des Friedens, die 1949 ihre eigene Armee abgeschafft hat, finden Revolutionäre aus den Nachbarstaaten Asyl und finanzielle Hilfe, und Panamas Castro-freundlicher starker Mann Omar Torrijos hilft ihnen mit Freiwilligen und Waffen.

„Zutiefst beunruhigt durch die Aussicht auf eine weitere Revolution in Mittelamerika“, so das Nachrichtenmagazin „Newsweek“, erkennt Washington, daß „jene explosiven Staaten der Region, die einst als Bananenrepubliken abgetan wurden, mit einem Mal strategisch lebenswichtig für die Vereinigten Staaten geworden sind“.

Plötzlich ist die Handvoll Länder, die zusammen nur etwa so groß sind wie die US-Bundesstaaten Utah und Nevada und nicht viel mehr als insgesamt 20 Millionen Einwohner haben, in den Mittelpunkt des nord-amerikanischen Interesses gerückt.

Denn das Verbindungsstück zwischen den Kontinenten, auf dem der Panamakanal liegt, die strategische

Schlagader zwischen Atlantik und Pazifik, driftet ab.

Neben Iran und Afghanistan also eine neue Herausforderung für die westliche Supermacht — aber vor der eigenen Tür, an den Ufern der Karibischen See, die, wie der uruguayische Autor Eduardo Galeano schreibt, „das Mare Nostrum des Roms unserer Tage ist“.

Es ist nicht der erste Sturm, der sich in Amerikas Mare Nostrum zusammenbraut — den entfesselte zu Anfang des Jahrhunderts bereits die mexikanische Revolution, und den zweiten, vor nun



Feldarbeit in Guatemala: Menschen aus Mais

zwei Jahrzehnten, Fidel Castros Triumph auf der Karibinsel Kuba.

Heute unterstützen sowohl die neue ErdölgröÙmacht Mexiko als auch der kommunistische Vorposten Kuba die Versuche, in Mittelamerika „den Embryo von etwas sehr Großem und Neuartigem für die Zukunft des amerikanischen Kontinents zu schaffen“, so Mexikos Präsident López Portillo (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 193).

Um so mißtrauischer beobachtet Washington jene Gegend, die stets als „the third frontier of the United States“ gegolten hatte, so Terence Todman, ehemaliger Unterstaatssekretär für Lateinamerika im State Department — als eine Art neuer Wilder Westen der USA.

Nach Wildwestmanier fiel um die Mitte des vorigen Jahrhunderts einer der ersten Sendboten der Vereinigten

„Ich habe dabei geholfen, daß Haiti, Kuba und Nicaragua Plätze zum Kasieren der Profite der National City Bank und des Bankhauses Brown Brothers wurden“, so Butler. „1916 habe ich im Namen der nordamerikanischen Zuckerinteressen das Licht in die Dominikanische Republik getragen. 1903 habe ich geholfen, Honduras zum Besten der nordamerikanischen Fruchtanbaugesellschaften zu ‚befrieden‘.“

Bald besaßen nordamerikanische Kaffee-, Zucker- und Baumwollgesellschaften, vor allem aber der Bananenkonzern United Fruit, die fruchtbarsten Böden, in Guatemala etwa reichten ihre Ländereien von Küste zu Küste.

Die einheimischen Kleinbauern wurden Tagelöhner auf den Riesenplantagen, für den Eigenbedarf an Grundnahrungsmitteln blieb ihnen kaum noch etwas: Das Bauernland Guatema-

Indianer ein Dienstbuch führen mußten, in dem die Arbeitstage einzutragen waren. Ungenügende Arbeitsleistung mußte durch Gefängnis oder unentgeltliche Plantagenarbeit abgegolten werden, und so blieb es de facto bis heute.

In El Salvador regierte ein Dutzend Jahre lang Maximiliano Martínez, genannt „El Brujo“, der Hexenmeister, der Politik mit Zaubersprüchen und schwarzer Magie machte und verkündete, daß eine Ameise zu töten ein größeres Verbrechen sei als einen Menschen zu töten. Grund: Die Seele des Menschen gehe bei seinem Tod in einen anderen Körper über, die Ameise aber sterbe endgültig. Ohne Skrupel ließ der Diktator denn auch 1932 einen Bauernaufstand niederschlagen, bei dem rund 30 000 Menschen umkamen.

In Nicaragua stieg zu jener Zeit Anastasio Somoza senior, Chef der von



Staaten in die bis dahin ziemlich weltvergessenen kleinen Republiken Mittelamerikas ein: Im Auftrag der US-Bankiers Morgan und Garrison und mit Unterstützung der US-Regierung zog der Pirat William Walker an der Spitze eines wilden Haufens, der sich „amerikanische Phalanx der Unsterblichen“ nannte, marodierend von einem Staat zum anderen und ließ sich zum Präsidenten von Nicaragua ausrufen.

Auf Walkers Spuren folgten ein paar Jahrzehnte später US-Marines und US-Konzerne. „Ich habe 33 Jahre und vier Monate im aktiven Dienst als Mitglied der gewandtesten Militärkraft dieses Landes verbracht: des Marineinfanteriekorps“, erinnerte sich 1935, bereits im Ruhestand, US-Kommandant Smedley D. Butler, der sich selbst als „Gangster erster Kategorie für Big Business, Wallstreet und die Bankiers“ bezeichnete.

la, dessen erste Menschen nach der Maya-Schöpfungsgeschichte „Menschen aus Mais“ waren, mußte erstmals in seiner Geschichte Mais importieren.

So traf die große Weltwirtschaftskrise die extrem exportabhängigen Monokulturen „wie ein riesiger Steinblock, der in eine kleine Pfütze fällt“ (Galeano). Um die aufkeimenden schweren sozialen Unruhen zu ersticken, hoben die ausländischen Herren im Bund mit der dünnen einheimischen Oberschicht eine ganze Generation skurriler Diktatoren in den Sattel:

In Guatemala kam für dreizehn Jahre Jorge Ubico an die Macht, der sich mit Napoleon-Büsten zu umgeben pflegte und an der Straße zum Flughafen der Hauptstadt einen Eiffelturm nachbauen ließ. Mit dem Dekret Nummer 2795 verfügte er, daß Plantagenbesitzer „jeder strafrechtlichen Verantwortung enthoben“ wurden und daß

den US-Ledernackten hinterlassenen Nationalgarde, zum absoluten Herrscher auf. Der Amerika-Fan betrachtete das Land als seinen Familienbesitz: Rund 150 Unternehmen und um die 600 Millionen Dollar Privatvermögen gehörten der Somoza-Dynastie nach vier Jahrzehnten Herrschaft, als Anastasio Somoza junior voriges Jahr endlich außer Landes gejagt wurde.

„Zentralamerika“, so der nordamerikanische Journalist und Lateinamerika-Experte William Krehm, „wirkt tatsächlich wie eine Karikatur“ — allerdings auch wie ein Zerrbild jener Supermacht, die sich als Führungsnation der freien Welt versteht, in ihrem eigenen Hinterhof jedoch die Ansätze zu demokratischer Entwicklung ebenfalls mit Waffengewalt unterdrückte.

Als zum Beispiel Anfang der fünfziger Jahre in Guatemala der sozialrefor-

merische Oberst Jacobo Arbenz ein Gesetz erließ, nach dem brachliegende Ländereien über 90 Hektar gegen Entschädigung enteignet und an landlose Bauern verteilt werden sollten, forderte das State Department im Namen der United Fruit eine Entschädigung von fast 16 Millionen Dollar.

Die guatemalteckische Regierung, die aufgrund der United-Fruit-Steuererklärung bereits rund 600 000 Dollar Entschädigung gezahlt hatte, lehnte ab — und Washington ließ putschen. Amerikanische Piloten flogen Bombeneinsätze gegen die Hauptstadt und die zwei wichtigsten Häfen. Seither haben rechtsradikale Militärs einander an der Regierung abgelöst.

beitete sie über die Grenzen hinweg in allen Ländern der Region.

Erst nachdem sie sogar die Ermordung von Panamas Omar Torrijos oder des damaligen Präsidenten von Costa Rica, José Figueres, plante, bremste der US-Geheimdienst. Zwei Spezialagenten, auf die genaue Untersuchung der Weißen Hand angesetzt, schätzten deren Bilanz innerhalb von vier Jahren auf mindestens 1000 Morde.

Das war freilich nur ein Bruchteil der Opfer staatlicher oder halbstaatlicher Gewalt: Die durchschnittliche Tagesrate an Terrororten liegt heute allein in Guatemala bei etwa 15. Als Rechtfertigung für die Repression malten Mittelamerikas Diktatoren stets die

Den Nachfolgern Sandinos gelang es, praktisch die gesamte Bevölkerung hinter sich zu bringen. Als der Sohn des Sandino-Mörders nach monatelangem Krieg gegen sein eigenes Volk im vergangenen Juli verjagt wurde, hinterließ er ein total ruiniertes Land.

Durch den Krieg fielen zwei Ernten weitgehend aus, wurden zahlreiche Fabriken zerstört. Allein die effektiven Kriegsschäden, ohne Berücksichtigung von Produktionsausfällen und ihren Folgen, betragen nach ersten Berechnungen der Uno-Wirtschaftskommission für Lateinamerika rund eine halbe Milliarde Dollar, die Wiederaufbaukosten wurden auf 2,8 Milliarden geschätzt, die Auslandsverschuldung lag bei 1,5 Milliarden Dollar.

Die Junta des Nationalen Wiederaufbaus versuchte, die nötigen Gelder zunächst durch Konfiszierung des Somoza-Vermögens und Verstaatlichung aller Somoza-Betriebe hereinzubringen, hob das Dekret nach wenigen Monaten jedoch wegen mißbräuchlicher Anwendung auf.

Immerhin gingen mehr als 20 Prozent der Baumwoll- und Kaffeeplantagen, 40 Prozent der Zuckerrohrfelder und die Hälfte der Tabakplantagen in die Hand des Staates über. Banken, zwei Drittel des Außenhandels und große Teile des Binnenhandels wurden gleichfalls verstaatlicht. Doch zugleich machte die neue Regierung klar, daß die Privatwirtschaft auch künftig fortbestehen werde — Wiederaufbau soll Vorrang vor Sozialisierung haben, zumindest fürs erste.

Aber trotz aller Anstrengungen liegt die Arbeitslosenrate noch immer bei etwa 35 Prozent, funktioniert die Versorgung der bitterarmen Mischlingsbevölkerung mit Lebensmitteln nur lückenhaft. Und noch ist keineswegs abzusehen, wohin die Revolution schließlich führen wird.

Wohl beteuern auch jene Sandinisten, die einst auf Kuba ausgebildet wurden, ein zweites Kuba werde Nicaragua nicht. Und tatsächlich schickte Castro den siegreichen Genossen zwar eine kleine Fischkutterflotte, mehrere hundert Ärzte und Techniker und vor allem 1200 Lehrer zum Feldzug gegen das Analphabetentum (Rate: 56 Prozent). Doch im übrigen hielt er sich aus Nicaraguas Angelegenheiten heraus.

Wohl blieben Presse- und Parteienvielfalt in Nicaragua bis heute erhalten, sitzen Bürgerliche in mehreren Regierungsämtern. Doch der Einfluß der Linken wird deutlich stärker.

Deshalb trat Ende April der Unternehmervertreter Alfonso Robelo aus der fünfköpfigen Junta, dem über der Regierung stehenden Führungsorgan, aus, in dem die Linken seither unter sich sind. Wenige Tage zuvor hatte sich Violeta Chamorro, die einzige andere „Bürgerliche“ in der Junta, zurückgezogen. Während einer Ostblockreise —



Diktator Somoza vor seinem Sturz: „Wie eine Karikatur“

Sie hielten sich, wie ihre Kollegen in den benachbarten Militärdiktaturen, durch einen weitgefächerten Apparat von Terrorkommandos an der Macht: Polizisten und Militärs in Zivil, die auf eigene Faust unliebsame Politiker, Gewerkschaftler oder Studenten „entführen, foltern und töten“ (so ein Dokument der Jesuiten in Guatemala).

Zumindest eine dieser Organisationen, die Anfang der siebziger Jahre gegründete „Weiße Hand“, arbeitete jahrelang mit Wissen und Duldung der CIA. Ins Leben gerufen von dem als Folterspezialist berühmten Oberst der salvadorianischen Geheimpolizei, José Francisco René Chacón, der selbst auf der Honorarliste der CIA stand, rekrutierte die Weiße Hand ihre Kämpfer vorwiegend unter den nach Castros Machtübernahme in die USA geflohenen Exilkubanern. Vor allem aber ar-

rote Gefahr an die Wand, die von Fidel Castros Kuba drohte.

Eine Gefahr war dies Kuba für die nahe gelegenen Militärregime Mittelamerikas schon durch seine bloße Existenz: Sie bewies, daß Diktaturen gestürzt werden können, selbst wenn die Machthaber, wie Kubas korrupter Präsident Batista, bis zuletzt von den USA gestützt wurden.

In Nicaragua folgte in den 70er Jahren die Frente Sandinista de Liberación Nacional Kubas Beispiel. Die Sandinistische Befreiungsfront nannte sich nach Augusto César Sandino, einem legendären nicaraguanischen Guerillaführer, der vor einem halben Jahrhundert gegen die US-Marines in Nicaragua gekämpft hatte, von Somoza senior und seiner Nationalgarde gejagt und schließlich in einem Hinterhalt ermordet worden war.

auf der er Hilfszusagen im Werte von 200 Millionen Dollar erhielt — trat der starke Mann der Junta, Innenminister Tomás Borge, offen auf die Seite Moskaus: Er sprach sich gegen die angebliche antisowjetische Kampagne nach der Afghanistan-Invasion aus.

Bevor Nicaragua nicht „beweist“, daß es kein neues Kuba werde, will der amerikanische Kongreß eine bereits zugesagte Aufbauhilfe von 75 Millionen Dollar zurückhalten.

Im benachbarten El Salvador, wo nur drei Monate nach Somozas Abgang zwei junge Offiziere den landeseigenen Diktator Carlos Humberto Romero gestürzt hatten, erwiesen sich die USA als weniger kleinlich.

Vorigen Monat billigte der zuständige Ausschuß des Repräsentantenhauses 55,7 Millionen Dollar an Wirtschafts- und Militärhilfe für El Salvador — trotz eines beschwörenden Briefs an Präsident Carter, in dem wenige Wochen vor seiner Ermordung der Erzbischof Oscar Romero um Einstellung jeglicher Hilfgelder für die neue Regierung bat. Seine Begründung: Die mit Reformversprechungen angetretene Junta aus Militärs und Zivilisten habe der Repression keinen Einhalt geboten.

Sie konnte es, trotz möglicherweise guten Willens, wohl auch nicht. Denn die kleinste Republik Mittelamerikas, die nicht mal ein Sechstel der Fläche Nicaraguas aufweist, aber fast doppelt so viele Einwohner hat (4,5 Millionen), hält sich seit Jahrzehnten einen riesig aufgeblähten Sicherheitsapparat von insgesamt 160 000 Mann:

Außer der 12 000-Mann-Armee, der Nationalgarde und der Nationalpolizei wachen noch acht weitere offizielle Truppen über die Sicherheit des Landes, dazu eine halboffizielle, die für Folterung ihrer Opfer berüchtigte paramilitärische „Nationalistisch-demokratische Organisation“, die sich aus Freiwilligen der einzelnen Polizei- und Militärtruppen zusammensetzt. Die Abkürzung ihres spanischen Namens — Orden — heißt Ordnung.

Die Ordnung, die dieser monströse Apparat absichern soll, ist die Ordnung einer winzigen Oberschicht von ursprünglich nur vierzehn, inzwischen etwa 200 großen Familien. Ihnen gehört alles in diesem Land, vor allem die riesigen Kaffeeplantagen, die El Salvador zum sechstgrößten Kaffeeproduzenten der Welt machen.

Allein sechs dieser Familien — so ein Report, den Salvadors sozialdemokratische „Nationalrevolutionäre Bewegung“ Ende März auf der Versammlung der Sozialistischen Internationale in der Dominikanischen Republik vorlegte — verfügten bislang über 71 900 Hektar Land, während 305 000 Bauernfamilien sich in nur 42 700 Hektar teilen mußten. Das Pro-Kopf-Einkommen der Agrarbevölkerung, die 60 Pro-

zent der Gesamtbevölkerung ausmacht, beträgt nur etwa 133 Dollar im Jahr. Eine Bodenreform war in dieser Ordnung der Dinge nicht vorgesehen.

Dennoch kündigte die Junta, mit Rückendeckung aus Washington, bei ihrer Machtübernahme eine Umverteilung des Bodens an; nur so schien der Druck der seit den Ereignissen in Nicaragua immer militanteren Linken noch abzufangen. Doch der Druck der Rechten war stärker. Als die Junta nach fünf Monaten endlich zögernd mit den ersten Enteignungen begann, funktionierten die auf die Dörfer entsandten Militärs die Reform in eine blutige Vertreibung jener Bauern um, die sie der „Subversion“ verdächtigen.



Indios in Guatemala: Gefängnis oder Zwangsarbeit

In der Provinz Chalatenango etwa, so ein Bericht von Amnesty International, legten die Soldaten Feuer rund um ein Dorf, um die Flucht der Bauern zu verhindern. 40 Menschen kamen laut Amnesty dabei um. In Metapán, rund 100 Kilometer östlich der Hauptstadt San Salvador, holten die Soldaten neun Bauern aus ihren Hütten und erschossen sie vor den Augen der anderen Dörfler.

In der Nordprovinz geht die Regierung inzwischen mit Hubschraubern, Schützenpanzern und Artillerie gegen etwa 3000 Bauern vor, die leerstehende Haciendas besetzt halten.

Weil er „erkannte, daß der Weg blutiger Reformen, den die Junta geht, nur der Oberschicht und dem Imperialismus nützt“, trat schon im Januar der damalige Landwirtschaftsminister Enrique Alvarez Córdova aus der Regierung aus. Jetzt wurde er Präsident der neugebildeten „Revolutionär-demokra-

tischen Front“, in der sich nach dem Schock des Attentats auf den Erzbischof die gesamte Opposition des Landes zusammenschloß — die militanten linken Guerilla-Organisationen „Bloque Popular Revolucionario“ und die „Ligas del 28 de Febrero“ ebenso wie Sozial- und Christdemokraten, Gewerkschaften, Studentenverbände und der Verband der Kleinunternehmer.

Waffen sollen Salvadors Aufständische, so erklärte US-Botschafter White, aus Kuba bekommen, und zwar über Salvadors Nachbarstaat Honduras. Und damit rückte auch das ärmste und rückständigste Land Zentralamerikas, dessen 3,5 Millionen Einwohner jährlich pro Kopf eine Vierteltonne Bana-

nen liefern, jählings in das Zentrum der strategischen Interessen Washingtons.

Im Februar setzte das Pentagon den Generalmajor Robert L. Schweitzer zu einer Geheimmission nach Honduras in Marsch, wo er dem Generalspräsidenten Policarpo Paz García kurz vor Ende seiner Amtszeit für seine 15 000-Mann-Armee Militärhilfe von insgesamt 5,5 Millionen Dollar versprach.

In der Nachbardiktatur Guatemala hat unterdessen die rechtsgerichtete Unternehmerorganisation „Freunde des Landes“ Besuchertrips für konservative Mitarbeiter des US-Abgeordnetenhauses arrangiert, um sie über Guatemalas Kampf gegen die „kommunistische Bedrohung“ zu informieren.

„Die Ära der von US-Militärhilfe hochgepöppelten Diktatoren von Bananenrepubliken ist tot“, stellte der US-Kolumnist Jack Anderson fest. „Aber die Carter-Regierung weigert sich, ihr ein anständiges Begräbnis zu geben.“